

Nach 25 Jahren

Grundgesetz — Meinungs- freiheit — Ostpolitik — Landsmannschaften

Vor 25 Jahren, am 23. Mai 1949, trat das vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz in Kraft, mit welchem die Bundesrepublik Deutschland nach Zustimmung Englands, Frankreichs und der USA entstand. Am 23. Mai 1974 fand in Bonn eine Staatsfeier der Geburtsstunde dieser Verfassung statt, die man so nicht hatte benennen wollen, weil man sie aufs ganze Deutschland nicht auszudehnen vermochte. Man lobte sie jetzt als die freiheitlichste, beste Ordnung, die unser Volk jemals hatte. Daran ist, denkt man demokratisch, nicht zu zweifeln. Aber selbst von Gott überreichte Gesetzestafeln wie die Zehn-Gebote gewinnen erst durch die Art der Verwirklichung ihren lebendigen Wert. Was das Grundgesetz betrifft, so bescherte es der überwältigenden Mehrheit der Westdeutschen tatsächlich Freiheit und Recht.

Zweierlei jedoch fügt sich schlecht dazu:

1. Trotz Meinungsfreiheit macht eine Gruppe von Leuten, die von den fremden Siegern einst gefördert wurden und sich immer noch fortpflanzen, in gar zu großem Ausmaß die veröffentlichte Meinung und gebietet über die „Massenme-

dien“, also über Presse, Hörfunk und Sehfunk. Zwar darf, wer ihre Ansichten nicht teilt, sich in Büchern und Aufsätzen, freilich kaum jemals durch Sender, äußern. Es ist aber dafür gesorgt, daß er bloß einen winzigen Kreis ansprechen kann. Die Folgen sind handgreiflich: nationales Selbstbewußtsein und Ehrgefühl als jeder-mann verpflichtende Werte sind weithin verblaßt, weil sie von den „Massenmedien“ belächelt werden, seit 25 Jahren. Damit hängt es zusammen, daß Rauschgift, jugendliche Verlotterung, studentischer Terror, Frechheit der Demagogen, Sprachver-dorrung und das überwunden geglaubte: der Klassenkampf, sich verbreiteten — wider die eigentliche Gesinnung der Volks-mehrheit. Die in letzter Zeit erkämpften Lohnerhöhungen — die Preise, beeinflusst auch vom Welthandel, stiegen mit — ver-ursachten Inflation und Wirtschaftskrise.

2. Das Grundgesetz verpflichtet uns zur staatlichen Einheit der Deutschen. Erfolgreiche Schritte dazu konnten bisher nie getan werden. Die von Brandt abgeschlossenen Ostverträge erkannten ohne rechte Gegenleistung Deutschlands Zerteilung an. Als dieser Kanzler am 7. Mai zurücktrat, was er damit erklärte, er müsse es ver-antworten, daß sein persönlicher Referent Günter Guillaume als Spion der DDR entlarvt wurde, war er schon von seiner eigenen Partei im Stich gelassen. Selten wurde eine umstrittene Politik so schnell gewogen, und dies gegenüber einem Mann, den Millionen vor einem Jahr noch wie einen Heiland bejubelt hatten.

Nach Verkündung des Grundgesetzes vor 25 Jahren bildeten sich sofort die

Landsmannschaften der ostdeutschen Vertriebenen in Westdeutschland. Vorher hatten diese ausgeraubten Menschen einander nur im Rahmen der Kirchen helfen dürfen. Nun traten sie als Stammesverbände in die Öffentlichkeit, und damit begann das fruchtbare ehrenamtliche Wirken jener Männer, die von gewissen Schreibern und Politikern als „Funktionäre“ verunglimpft werden. Es gelang ihnen, das großartige

Werk der staatlichen Unterstützung der Verjagten gesetzlich zu verankern. Sie gründeten Institute, Heime, Zeitungen und Zeitschriften; sie schufen vier Kulturwerke; auch diese sind jetzt 25 Jahre alt. Die herausgebrachten ostkundlichen Werke zählen wohl tausend Titel.

All diese Bemühungen halfen den Ost-deutschen, in der westdeutschen Bundes-republik Fuß zu fassen, obschon man ihnen als Gesamtheit die Eingliederung als staats-rechtlicher Bestandteil, wie es die Bundes-länder sind, nicht zugestand. Man hätte dies durchführen können durch Ergänzung der territorial-föderativen Gliederung mit einer staatsrechtlichen und gleichberechtig-ten Vertretung der ostdeutschen Stämme, eine durchaus mögliche, im Mährischen Ausgleichs innerhalb Alt-Österreichs schon vorverwirklichte Lösung.

Die Leistungen der Vertriebenen dien-ten auch den Westdeutschen; ohne sie wäre der gemeinsame wirtschaftliche Auf-schwung nicht geschehen. Nun begehen ihre Landsmannschaften — die meisten taten es schon zu Pfingsten*) — das Fest des 25jährigen Wirkens. Die seit 1945 vom Schicksal gestellten Aufgaben änder-ten sich nicht: Wiederherstellung der deut-schen Einheit, Freiheit und Recht für jedes Volk im Abendland.

L. T.